

für die Überwindung der Krise, wie lange die übrigen Länder auf den Trümmern ihres Wohlstandes ausharren wollten, wie Frankreich zum Zwecke der Errichtung seiner politischen-finanziellen Demomonte einen sorgfältig berechneten und geschickt durchgeführten finanziellen Kriegsplan, der über fünf Kontinente großes Elend gebracht habe, weiterhin zur Durchführung bringe. Es besteht kein Zweifel, daß die Lausanne-Konferenz die Antwort geben muß. Unterliegen die übrigen Teilnehmer die deutsche Forderung auf Streichung der Tribute, dann wird die Bahn frei für eine ehrliche Zusammenarbeit zur Lösung der Weltkrise. Die Prophezeiungen der amerikanischen Sachverständigen, die Krise werde vom Herbst ab überwunden werden, könnten dann, aber auch nur dann, Wirklichkeit werden. Denn diese Krise ist aus politischen Maßnahmen entsprungen, sie hat keine wesentlichen wirtschaftlichen Ursachen und kann deshalb auch nur mit politischen Mitteln geheilt werden. Das Verstecken von Verlagen der Privatwirtschaft, das namentlich vom Marxismus in Wort und Schrift, so wie wir es kürzlich sogar durch das Gastspiel eines Berliner „Schauspielerkollektivs“ in Dresden erleben mußten, von der Bühne herab solortiert wird, ist bedenklich, weil es mit grauer Theorie den Blick für die tatsächlichen Gegebenheiten vernebelt und große Volksteile von den außenpolitischen Notwendigkeiten ablenkt, für die die gesamte Nation geschlossen eingestuft werden müßte.

Selbstverständlich wird eine Klärung der außenpolitischen Fragen nur die Voraussetzung der Gesundung schaffen können. Dann muß jeder Staat wirtschaftspolitisch die Bedingungen dafür schaffen, daß die schweren Wunden, die der Körper jeder Nationalwirtschaft erlitten hat, ausheilen können. Die Voraussetzungen zur Überwindung der Depression sind teils vorhanden, teils bedürfen sie nur der Inangriffnahme durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Besondere Hoffnungen knüpft man an die sich allerorten mehrenden Anzeichen dafür, daß der Handel seine Warenlager in den wichtigsten Gebrauchsgegenständen geleert hat. In den leeren Arbeitsräumen treten also jetzt die leeren Lager und Verkaufsräume. In manchen Regierungskreisen spricht man sehr lebhaft darüber, daß von diesem Fortschritt „Wandelstufen“ eine Wandlung ausgehen werde. Daran ist wohl richtig, daß normalerweise der Handel das Bestreben haben muß, seine verkauften Waren wieder zu erlangen. Aber die Ergänzung des Tagesbedarfes ist nicht genügend, um die Unter-

nehmungslust der Industrie zu wecken. Dazu gehört, daß wieder eine planvolle Vorratswirtschaft betrieben wird, weil es sich nur so lösen, geschlossene Betriebe wieder zu öffnen, mehr Maschinen laufen zu lassen und die Verantwortung für mehr Arbeitskräfte und Stellen zu übernehmen. Wirtschaftsbereitungen erfolgen eben niemals allein unter irgend einem Druck, sondern stets nur aus freien Entschlüssen der Unternehmenden, die nun einmal der unentbehrliche Triebkraft der Wirtschaft sind und bleiben werden. Die leeren Lager sind gewiß ein wertvoller Anreiz zur Beibehaltung der Unternehmertätigkeit, sie müssen aber ergänzt und verstärkt werden durch Klarheit über und womöglich eine sichtbare Entlastung durch öffentliche Ausgaben. Von diesen Ausgaben aller Art, die der Wirtschaftler als guter Rechner kennen muß, wird es deshalb abhängen, ob er das gedachte Ziel mit allen Kräften anstreifen kann, oder ob er sich wie bisher bescheiden Schritt für Schritt vorwärtssetzen muß. Zu zahlreich sind die Jahresabschlüsse von Unternehmungen aller Art, bei denen ein an sich ganz stattdlicher Betriebsüberblick restlos von den Steuern und Abgaben gesluckt wurde, so daß letzten Endes doch mit Verlust gearbeitet worden ist. Wir kommen leider an der Tatsache nicht vorbei, daß alle Rationalisierungsarbeit, alle Betriebsparnisse, alle Lohn- und Gehaltsentzügen in den letzten Jahren niemals den Betrieben und davon rückwirkend der Arbeitnehmerschaft und der Wirtschaftsentwicklung zugute gekommen, sondern restlos im Steuerfächer verschwunden sind. Die Entlastung der Wirtschaft durch entschlossene Steuererlässe, die ja, wenn billige Betriebe dadurch wieder in Gang kommen, nach einer gewissen Uebergangszeit keine Minderung, sondern im Gegenteil eine Steigerung der Steuererträge und zugleich einen Rückgang der staatlichen Ausgabenwirtschaft bedeutet, ist und bleibt der einzige Weg der Wirtschaftsbereitungen. Die Reichsregierung hat die ersten Anläufe dazu auf dem Gebiete der Bier- und Tabaksteuererlässe gemacht, sie muß den Weg aber konsequent weiterführen, und zwar gerade dann, wenn die politischen Ursachen der Weltkrise durch eine kluge und zähe Außenpolitik beseitigt worden sind. Unter wirtschaftsständischer Schictal wird also nach außen in Lausanne und nach innen durch unsere Steuerpolitik entschieden. Die Lösung dieser Fragen wird ausschlaggebend dafür sein, ob in das Leben vieler Millionen Erwerbsloser in absehbarer Zeit ein Hoffnungsschimmer kommt.

### Abg. Dingmann deutschnational

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. April. Der bisher der Deutschen Volkspartei angehörende Reichstagsabgeordnete Dingmann hat an den Führer der Partei, den Abg. Dr. Dingeldey, ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er nach der gesamtpolitischen Entwicklung der letzten Monate für sich keine Möglichkeit mehr sehe, im Rahmen der Deutschen Volkspartei und insbesondere als Mitglied ihrer Reichstagsfraktion weiterhin positive politische Arbeit zu leisten. Er müsse daher seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion und sein Ausscheiden aus der Deutschen Volkspartei überhaupt mitteilen. Der Abg. Dingmann, der gleichzeitig Geschäftsführer der Reichstagsfraktion und Vorsitzender des Reichstagsauschusses der DVP, sowie Führer des Hindenburg-Kreislaufes der DVP war, hat diese Renner niedergelegt. In seinem ausführlichen Schreiben erklärt Dingmann weiter, daß die politischen Parteien und Gruppen, die zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum oder der Bayerischen Volkspartei stehen, infolge ihrer Zerstückelung immer mehr zusammenschmelzen.

Mit Ausnahme der Deutschnationalen seien die wirklichen Träger politischer Macht neben den großen Parteien nicht mehr. Welche Kräfte, die bisher in diesen Parteien ihre politische Heimat gehabt hätten, wendeten sich von ihnen ab, um so mehr, je kleiner die einzelnen Parteien seien. Der Haas- und kulturpolitische Wille der Schicht zwischen Nationalsozialisten und Zentrum drohe den letzten Rest von Einwirkungen auf die gesamtpolitische Entwicklung Deutschlands zu verlieren. Die Verleugung, durch Zusammenfassung der Kräfte dieser Verleugung entgegenzuwirken, seien gescheitert. Es bestehe keine Aussicht, einen politisch wirksamen Zusammenhalt aller oder auch nur eines Teiles der Parteien und Gruppen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum herbeizuführen.

So bleibe, wenn man nicht tatenlos zusehen wolle, daß die heimtückisch gewordenen Teile des nationalen Völkertums der Politik ganz verlorengehen, nur übrig, die Sammlung in einer der großen Parteien zu versuchen.

Der Abg. Dingmann legt dann im einzelnen sein Programm aus. Er kommt zu dem Schluss, daß er in diesem Augenblick aus grundsätzlichen politischen Erwägungen den Austritt aus der Deutschen Volkspartei habe lassen müssen, weil die Beobachtungen, die er im Wahlkampf in der letzten Zeit gemacht habe, ihn davon überzeugt hätten, daß höchste Gefahr im Verzuge sei. Er habe sich entschlossen, sich für die Sammlung aller heimtückischen bürgerlichen nationalen Stimmen auf die Deutschnationalen einzusetzen, in der Ueberzeugung, daß für eine neue politische Zusammenfassung der nichtsozialistischen Kräfte rechts vom Zentrum feinerer Hoffnung mehr vorhanden sei und daß nur noch durch Sammlung dieser Kräfte in der Deutschen Volkspartei die Rettung des Gutes an Haas- und kulturpolitischer deutscher Auffassung in diesen Kreisen möglich sei.

Die Nationalliberale Korrespondenz, der Pressebleist der Deutschen Volkspartei, schreibt u. a.: „In der Begründung seines Schrittes weist Dingmann darauf hin, daß seiner Auffassung nach die Deutschnationalen Volkspartei die einzige Gruppe im bürgerlichen Lager sei, die geeignet sei, wirklich nationale Sammelpolitik zu treiben. Diese Begründung kann schon deshalb kein Verständnis finden, weil die Deutschnationalen Volkspartei unter Dogenbergs Führung durch die unglückselige Rolle, die sie beim ersten und zweiten Wahlgang für die Präsidentenwahl geleistet hat, wieder gezeigt hat, daß parteipolitische und parteigegensätzliche Motive ihre Entscheidung aufs härteste beeinflussen. Wir wissen, daß unsere Freunde in Stadt und Land es ablehnen, zu einer Partei überzugehen, deren Unbündlichkeit und politische Unzuverlässigkeit bis hinein in die letzten Tage sich immer wieder bestätigt hat.“

Die Deutsche Volkspartei Sachsen teilt mit: „Anlässlich des Ausscheidens des Reichstagsabgeordneten Dingmann aus der Deutschen Volkspartei werden Gerüchte verbreitet, daß auch Generaloberst v. Seckl, M. d. R., aus der Deutschen Volkspartei auszuscheiden beabsichtige. Die Deutsche Volkspartei Sachsen ist vom Generaloberst v. Seckl ermächtigt, zu erklären, daß ein Ausscheiden aus der Deutschen Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion für ihn nicht in Frage kommt.“

### Intrigen gegen den Stahlhelm

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Stahlhelm verläßt bekanntlich über eine Stellenvermittlung, gegen die sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung in einem vertraulichen Rundschreiben gewandt hatte. In diesem Rundschreiben wurden die Arbeitsämter darauf hingewiesen, überall gegen die Stellenvermittlung des Stahlhelms vorzugehen. Es fand so seit einigen Monaten in den verschiedensten Teilen des Reiches eine

### allgemeine Offensive der Arbeitsämter gegen die Stahlhelm-Stellenvermittlung

statt. Die Reichsanstalt berief sich bei ihrem Vorgehen auch auf ein Gutachten, das im Jahre 1929 der preussische Innenminister Severing erlassen hatte und in dem die Beteiligung des Stahlhelms gelegentlich des Volksabstimmens gegen den Youngplan zusammen mit politischen Parteien als parteipolitische Tätigkeit und Beweis für die Eigenschaft einer parteipolitischen Organisation bezeichnet wurde. Von einigen Arbeitsämtern ist gegen die Stahlhelmführung auf Grund der Stellenvermittlung des Bundes auch Lage erhoben worden. So fand in diesen Tagen der Landesführer von Pommern, v. Wedel, Fährtensee, vor dem Steintiner Amtsgericht. Der Staatsanwalt berief sich auf das Gutachten Severings und erklärte, daß infolgedessen eine Stellenvermittlung des Bundes nicht zugelassen werden könne. Das Gericht war jedoch anderer Meinung und stellte fest, daß das Volksabstimmens des Stahlhelms in der Youngplanfrage zum Teil in Eigenenschaft gegen die Parteien erfolgt sei. Der Stahlhelm sei auch heute nicht parteipolitisch festgelegt. Das werde von seinen Führern ausdrücklich betont. Infolgedessen wurde die Lage abgewiesen.

### Autobus Bodenbach-Brag verunglückt

Brag, 22. April. Etwa 1,5 Kilometer von der äußeren Stadtkantone Brag entfernt, stieß der Autobus Bodenbach-Brag mit einem Karren zusammen, dessen Fahrer und Begleiter schwer verletzt wurden. Der Autobus durchbrach dann das Straßengeländer, stürzte fünf Meter tief die Böschung hinunter und überschlug sich. Die Insassen Anfaßen wurden, mit Ausnahme des Chauffeurs, sämtlich verletzt; vier davon tödlich.

### Die „Charo“ im Hafen von Barcelona

Paris, 22. April. Das Gerücht, daß über dem argentinischen Kriegsschiff „Charo“ mit einer Ladung Deportierten an Bord seit mehreren Tagen Schweb, scheint aufgeklärt zu sein. Das Dampfschiff „Charo“, das nach Barcelona, das das Schiff immer noch im Hafen von Barcelona vor Anker liegt. Es sei hart ausbesserungsbedürftig und deshalb zu längerem Verweilen gezwungen gewesen. Die Reparaturarbeiten seien beendet, und wahrscheinlich werde das Schiff morgen auslaufen.

## Die Industrie gegen Gewerkschafts-Demagogie

Der Reichsverband fordert wirtschaftspolitische Aktivität

Berlin, 22. April. Unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach fanden heute Sitzungen des Präsidiums und Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie statt, in denen Staatssekretär v. Simson über die gegenwärtige Lage auf handelspolitischem Gebiet und Geheimrat Kasl über Handels- und Devisenpolitik berichteten.

Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes vertreten den Standpunkt, daß die immer stärker zunehmenden

Abherrungstendenzen der einzelnen Staaten und die Verdrängungen der Länder mit aktiver Zahlungsbilanz, sich auch eine aktive Handelsbilanz zu schaffen, den internationalen Kreditmarkt und Warenhandel zu vernichten drohen. Deutschland insbesondere kann nur dann seine handelspolitischen Beziehungen mit dem Auslande aufrechterhalten und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn man ihm in einem ausreichenden Maße seine Waren abnimmt. Jeder Versuch, die Zahlungen außerhalb des Warenverkehrs zu verlangen, muß zwanagsweise zu einer Gefährdung der internationalen Währungsbasis führen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hält es deshalb für erforderlich, daß die Reichsregierung gegenüber dieser Entwicklung eine weitgehende handelspolitische und innerwirtschaftliche Aktivität entfaltet.

Insbesondere muß nach seiner Auffassung

1. mit allen Mitteln eine Stärkung des deutschen Produktions- und Handelsvolumens und damit eine Verbesserung des deutschen Arbeitsmarktes sowie eine Erhöhung des verfügbaren Devisenbestandes angestrebt werden;
2. muß eine möglichst weitgehende Förderung der deutschen Ausfuhr unter gleichzeitiger Stärkung des Binnenmarktes in Angriff genommen werden. Hierzu gehört in erster Linie eine Senkung aller Faktoren der Produktionskosten sowie auch eine reichliche Ausnutzung aller Kreditmöglichkeiten;
3. muß, solange eine Devisenbewirtschaftung nicht entbehrt werden kann, diese unter sorgfältiger Beachtung unserer handelspolitischen Interessen gehandhabt werden.

Clemens Cammerer berichtete über den Verlauf der Innsbrucker Donauverhandlungen der Internationalen Handelskammer. Direktor Dr. Haukmann gab ein Bild der Eristlage im Reich, in den Ländern und den Gemeinden und hob besonders die überaus besorgniserregende Lage der Gemeindefinanzen und ihre Rückwirkung auf die Wirtschaft hervor. Regierungspräsident Frauweiler berichtete über die Entwicklung der Sozialbelastung, die wesentlich gemindert werden muß, wenn nicht

in absehbarer Zeit das ganze soziale Hilfswerk zusammenbrechen und auch die öffentlichen Finanzen ganz außerordentlich gefährdet werden sollen. Der Vorsitzende brachte zum Ausdruck, daß die Reichsregierung angesichts der unerträglichen Belastung der Betriebe die unabwendbare Pflicht habe, allergrößte Sparfamkeit walten zu lassen, und besonders auch auf dem Gebiete der Verwaltungsreform und des Finanzangelehms Schritte zu ergreifen, um die Wirtschaft vor der Erdrosselung durch Steuern und soziale Lasten zu bewahren.

Das Präsidium beschäftigte sich mit den demagogischen Eingriffen, die von verschiedenen Seiten auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress am 13. April gegen das Unternehmertum gerichtet wurden.

Wenn nach den Tagungsberichten der Presse von einer Seite behauptet worden ist, daß viele Großunternehmer eine zweite Inflation antreiben, um zum zweiten Male ihre Schulden loszuwerden, so muß der darinliegende Vorwurf von der Industrie mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die immer wiederkehrende Behauptung, daß im besonderen Teile der Schwerindustrie eine Inflation antreiben, ist um so haltloser und unverständlicher, als gerade diese Unternehmungen sich bei der Herführung der inländischen Kapitalbildung mit ausländischen Anleihen finanzieren müßten, also bei einer Geldentwertung nur stärker belastet würden.

Auf demselben demagogischen Niveau sieht der auf dem Gewerkschaftskongress wieder unternommene Versuch, aus einzelnen Vorfallmüssen allgemeine Verdächtigungen gegen die faunmännliche Ehrbarkeit des Unternehmertums abzuleiten, sowie überhaupt die Hauptschuld für die leibigen Zustände der Privatwirtschaft in die Schuhe zu schieben. Gerade die freien Gewerkschaften hätten allen Anlaß zur Zurückhaltung in dieser Beziehung. Denn

dem Einkauf der sozialistischen Parteien und der freien Gewerkschaften auf die Politik in den Jahren von 1918 bis 1929 ist es in erster Linie zuzuschreiben, daß das privatwirtschaftliche System seiner natürlichen Entwicklungsgesetze beraubt und ausgehöhlt worden ist.

Wenn sich auf dieser künstlichen Einschütrung der Privatwirtschaft Rückwirkungen auf den allgemeinen Lebensstandard und den Arbeitsmarkt ergeben haben, so ist das einzig und allein Schuld der sozialistischen Politik, die, allen Warnungen der Wirtschaft zum Trotz, ihre wirtschaftsbedauernden und wirtschaftsgefährdenden Eingriffe von Jahr zu Jahr gesteigert hat. Nur durch eine grundsätzliche Abkehr von diesen Methoden können die Grundlagen für eine Erhaltung der Betriebe, eine dauernde Berringerung der Arbeitslosigkeit und eine allmähliche Verbesserung der Lebenshaltung aller Schichten des deutschen Volkes wieder geschaffen werden.

## Neuer französischer Verschleppungsversuch in Genf

Vertagung bis nach den Kammerwahlen?

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 22. April. Aus sehr guter Quelle wird bestätigt, daß die Unterredungen Brünings immer noch wenig ergiebige verlaufen sind. Ob die lange Besprechung mit Tardieu heute etwas daran geändert hat, ist mehr als fraglich. Wäher stehen überall noch die alten Meinungen zwischen den Lagern wie vorher. Man hat auch nicht überall die gleichen Interessen. So interessiert sich Stimlon gegenwärtig offenbar mehr für den Konflikt im Fernen Osten, als für die europäischen Fragen, und auch immer noch mehr für Flottenabkommen als für Vandrückungen. Er scheint in den Finanz-, Reparations- und Wirtschaftfragen bisher nicht sehr zugänglich gewesen zu sein. Brünings muß daher erkennen, daß sein velleicht etwas zu einseitiges Interesse für das Tributproblem nicht überall in gleichem Maße geteilt wird.

Um so mehr bemüht sich der Reichskanzler, Verständnis für die deutsche Lage und den deutschen Standpunkt zu wecken.

In Konferenzkreisen läut ein Gerücht um, das beziehungsweise vielfach geglaubt wird. Es besagt, daß morgen dem Kongressbüro ein Antrag von der französischen Gruppe zugestellt werden soll, daß die Beratungen des großen Hauptausschusses bis nach den fran-

zösischen Wahlen, also auf mehr als 14 Tage, vertagt werden sollen. In der Zwischenzeit sollen nur die technischen Kommissionen tagen. Damit wäre die Debatte sowohl über den französischen Plan einer Wäherbundsarmee, wie über die Gleichberechtigung Deutschlands gleichfalls vertagt. Wir können uns nicht denken, daß die deutsche Delegation dem zustimmt. Werden andere Delegationen sich wegen der Tardieuschen Wäherfragen einfach für Wochen ausschalten lassen? Vor allem die Amerikaner? Nebenfalls muß damit gerechnet werden, daß von der französischen Gruppe ein Vorkiss nach dieser Richtung hin erfolgt. In Deutschland würde man es nicht verstehen, wenn der Reichskanzler sich dieser neuen Verschleppung fügen würde. Wir hätten bei ernsthaften Anstrengungen wohl zweifellos die Möglichkeit, diesen neuen Anschlag auf Fall zu bringen.

Der Reichskanzler hatte heute abend eine längere Besprechung mit Macdonald, mit dem auch Tardieu vor seiner Abreise nochmals zusammentrat. Tardieu unterhielt sich im Laufe des heutigen Tages mit dem ungarischen Außenminister und mit Vertretern der Kleinen Entente über die Donaufrage.

Der französische Ministerpräsident Tardieu verläßt noch am Freitagabend Genf. Der amerikanische Staatssekretär Stimlon beabsichtigt, sich zur Erholung von einer leichten Erkrankung für einige Tage in die Berge zu begeben. Tardieu kehrt Sonnabend auf einige Tage nach Rom zurück; auch Macdonald will sich am Ende der Woche für kürzere Zeit ausruhen, so daß bis Mitte nächster Woche keine neuen Verhandlungen zu erwarten sind.